



#dieschmidt

der newsletter

31.01.2020

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

vor 75 Jahren, am 27.01.1945, wurde das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager in Auschwitz-Birkenau von der Roten Armee befreit. Aus diesem Anlass fand am Mittwoch im Bundestag eine Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat eine bewegende Rede im Bundestag gehalten ([hier als Video und Text](#)). Ich stimme ihm zu, wenn er sagt: „Ich wünschte, ich könnte, erst recht vor unserem Gast aus Israel, heute mit Überzeugung sagen: Wir Deutsche haben verstanden. Doch wie kann ich das sagen, wenn Hass und Hetze sich wieder ausbreiten, wenn das Gift des Nationalismus in Debatten einsickert – auch bei uns?!“. Unsere Geschichte begründet eine Verantwortung die keinen Schlusspunkt kennt, sondern eine Verpflichtung, die niemals aufhört. Nach dem Terroranschlag auf eine jüdische Synagoge in Halle, nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke oder dem feigen Anschlag auf das Wahlkreisbüro meines Kollegen Dr. Karamba Diaby darf kein Tag vergehen, an dem wir nicht entschieden gegen rechtsextreme Terroristinnen und Terroristen und deren gedankliche Wegbereiterinnen und Wegbereiter kämpfen.



Der Koalitionsausschuss hat am Mittwoch den Vorschlägen von Arbeitsminister Hubertus Heil zugestimmt, wonach Beschäftigte besser für berufliche Weiterbildung und Qualifizierung gefördert werden. Weil sich Arbeitsalltag und Wirtschaft immer schneller wandeln, müssen sich viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer regelmäßig auf den neuesten Stand bringen. Dafür gibt es künftig noch mehr und zielgerichtet Unterstützung. Wir schaffen Instrumente, mit denen Beschäftigte in Arbeit bleiben können und sich für die Arbeit von morgen qualifizieren können. Außerdem hat der Koalitionsausschuss entschieden, insbesondere die Autoindustrie noch mehr beim Strukturwandel zu unterstützen. Das ist auch gut für uns – denn viele unserer Industriebetriebe sind Zulieferer für die Automobilindustrie. Außerdem werden wir Landwirtinnen und Landwirte bei Investitionen in neue Umweltmaßnahmen finanziell unterstützen – zum Beispiel bei Anpassungen bei der Düngung. Dafür stellen wir 1 Milliarde Euro bereit. Für uns ist klar: Wir werden das Geld nicht mit der Gießkanne verteilen. Es muss an diejenigen gehen, die bereit sind, den Schritt in die Zukunft zu gehen. Dafür werden wir uns in den kommenden Verhandlungen einsetzen.

Nur wenn wir wissen, wo es bei der Umsetzung von Gesetzen hapert oder besonders gut läuft, können wir das Leben der Menschen nachhaltig verbessern. Daher freue ich mich immer besonders über ereignisreiche Wahlkreiswochen. Mit dem Runden Tisch „Bundesteilhabegesetz“ am Freitag, haben wir den Austausch mit Betroffenen, Expertinnen und Experten aus der Praxis fortgeführt. Im Gespräch mit Wolfgang Rombach, Ministerialdirigent im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, konnten alle Seiten ihre Erfahrungen und Bedürfnisse vortragen – und es wurde klar, wo an der einen oder anderen Stelle noch nachgebessert werden muss. Worum es genau ging, steht in meiner Pressemitteilung zum Termin ([hier](#)). Auch das Gespräch mit der mittelhessischen Gewerkschaftsjugend war eine gute Rückmeldung für unsere Arbeitsmarktpolitische Arbeit. Vielen Dank für den netten Austausch. Beim Besuch des Biebertaler Familienzentrums und Kita Königsberg, habe ich mal wieder gesehen, wieviel ehrenamtliches Engagement bewirken kann. Noch vor einigen Jahren drohte der Kita im Biebertaler Ortsteil Königsberg die Schließung – heute ist die Warteliste voll und das Angebot wird regelmäßig erweitert. Ich drücke allen Beteiligten die Daumen für die Preisverleihung des Deutschen Kita-Preises.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Starkregen, Überflutungen, Waldbrände, Hitzerekorde - die Auswirkungen des Klimawandels sind schon heute dramatisch. Um die weitere Erderwärmung zu begrenzen, hat sich Deutschland verpflichtet, bis 2030 über die Hälfte an Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 einzusparen. Diese Mammutaufgabe packt die Koalition mit dem Klimaschutzprogramm 2030 an. Das Programm enthält zahlreiche Maßnahmen, die wir nun auf den Weg bringen. Ich stelle sie hier vor:



Besserer Öffentlicher Personenverkehr

Besonders für den ländlichen Raum ist klar: Das Auto kann nur stehen bleiben, wenn es ein vernünftiges Angebot von Bus und Bahn gibt. Deswegen haben wir in dieser Woche den Öffentlichen Personennahverkehr mit insgesamt drei Gesetzen gestärkt. Der sogenannte Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ist Aufgabe der Länder. Die Landesregierung bestimmt also wo und wie viele Züge, S-Bahnen, Straßenbahnen und U-Bahnen eingesetzt werden. Damit die Länder die Aufgabe gut meistern können, unterstützt der Bund sie finanziell mit den sogenannten Regionalisierungsmitteln. Diese haben wir diese Woche um 5,25 Milliarden Euro bis 2031 erhöht. Hessen erhält bis 2031 insgesamt 380 Millionen Euro. Es ist nun Aufgabe der Hessischen Landesregierung dafür zu sorgen, dass auch bei uns die Züge öfter fahren, lange Umsteigezeiten vermieden werden oder abends noch ein Zug nach Hause fährt. Durch eine Änderung des sogenannten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG), haben wir außerdem die Finanzmittel erhöht, mit denen wir die Länder und Kommunen bei der Verbesserung ihrer lokalen Verkehrsverhältnisse unterstützen – um insgesamt 4,6 Milliarden Euro für die nächsten sechs Jahre. Damit unterstützen wir die Länder und Kommunen vor allem dabei das Schienennetz besser auszubauen – durch die Reaktivierung von Schienennetzen aber auch durch den Bau oder Ausbau von Bahnhöfen oder Bushaltestellen. Und weil wir schnell handeln müssen, haben wir das Planungsverfahren vereinfacht und beschleunigt: Damit mehr Verkehr schneller auf umweltfreundliche Verkehrsträger – wie den Schienenverkehr – verlagert wird. Wir verbessern die Verfahren der Planung und der Genehmigung von Investitionen in unser Schienennetz und entlasten die Kommunen von Finanzierungsbeiträgen. Gleichzeitig senken wir die Anforderungen an Modellprojekte und wollen frühzeitig alle Bürgerinnen und Bürger miteinbeziehen, damit das Angebot den Wünschen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entspricht.

Engagement und Ehrenamt stärken

Stiftung gegründet



Der Bundestag hat gestern die Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt beschlossen. Ob im Sportverein, im Förderverein der Kita, bei der Freiwilligen Feuerwehr, beim Bündnis gegen Rechts, im Partnerschaftsverein oder bei der Partei- und Gewerkschaftsarbeit – wer sich ehrenamtlich engagiert, trägt dazu bei das Leben vor Ort zu verbessern. Im parlamentarischen Verfahren hat die SPD-Fraktion erreicht, dass die Stiftung nicht nur eine Service- und Beratungsstelle ist, sondern auch Engagement konkret finanziell fördern kann. Wir haben dafür gesorgt, dass die Stiftung jährlich 30 Millionen Euro aus Bundesmitteln erhält. Wir wollen mit der Stiftung das stärken, was da ist und von engagierten Menschen auf die Beine

gestellt wird. Die Stiftung soll in Abstimmung mit den bereits bestehenden Bundesprogrammen Serviceangebote für die Organisation von bürgerschaftlichen Engagement und Ehrenamt bereitstellen, die Vernetzung vor Ort unterstützen, ehrenamtlich Tätige bei der Digitalisierung unterstützen und begleitende Forschungsvorhaben finanziell fördern. Damit sich Ehrenamtliche zum Beispiel nicht mit der langwierigen Suche nach Förderprogrammen aufhalten müssen, sondern mehr Zeit für ihre Vereinsarbeit haben.

Otto-Wels-Preis für Demokratie 2020

„Erinnern – Versöhnen – Unsere Zukunft friedvoll gestalten“



75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ruft die SPD-Bundestagsfraktion junge Menschen zwischen 16 und 20 dazu auf, sich im Rahmen des Otto-Wels-Preises mit dem Thema „Erinnern – Versöhnen – Unsere Zukunft friedvoll gestalten“ auseinanderzusetzen. Die Preisträgerinnen und Preisträger werden nach Berlin eingeladen und den ausgezeichneten Beiträgen winken attraktive Geldpreise. Teilnehmen können Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 20 Jahren – mit Einzelbeiträgen oder Gruppenarbeiten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können dabei aus drei verschiedenen Aufgabenstellungen und aus unterschiedlichen Darstellungsformen – ob Rede, Fotografie, Video oder Essay – wählen. Die

Wettbewerbssauschreibung und das Teilnahmeformular sind unter www.spdfraktion.de/ottowelspreis abrufbar. Einsendeschluss für die Beiträge ist der 28. Februar 2020. Mehr dazu unter www.dagmarschmidt.de/owp20